

Jahresbericht der LGR-Geschäftsleitung 2004/2005

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **66 (2004-2005)**

Heft 10: **Rückblick Vorschau**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

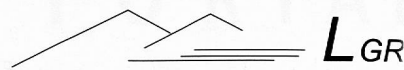
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jahresbericht der LGR-Geschäftsleitung 2004/2005

Christian Gartmann, Präsident LGR / Beatrice Baselgia, Sekretariat LGR



Lehrpersonen Graubünden
Magistralgia Grischun, Insegnanti Grigioni

Im vergangenen Geschäftsjahr hat sich die Geschäftsleitung (GL) intensiv mit dem Thema «Fremdsprache(n) auf der Primarstufe» auseinandergesetzt und eine Urabstimmung bei allen Lehrpersonen im Kanton durchgeführt. Die Resultate wurden Regierungsrat Lardi und mittels einer Medienkonferenz der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Zwei Aussprachen im EKUD mit RR Lardi und dem Amtsvorsteher Dany Bazzell gaben die Gelegenheit zur gegenseitigen Information und zu interessanten Diskussionen zu aktuellen Themen des Bildungsbereiches.

1. Geschäftsleitung

Die Geschäfte des LGR wurden an 12 Sitzungen behandelt. Zudem besuchten der Präsident, die einzelnen GL-Mitglieder und die Sekretärin verschiedene Veranstaltungen (Präsidentenkonferenzen LCH, DV LCH, schweizerische und kantonale Stufenkonferenzen usw.) im Auftrag des LGR.

Für drei aktive Geschäftsleitungsmitglieder, welche ihren Rücktritt aus der GL gaben, konnten interessierte neue Personen gewonnen werden: Jürg Mächler (PGR) für Martin Gredig, Thomas Schönenberger (SGR) für Urs Kalberer und Corina Zarn (VBHHL) für Jacqueline Stgier. Neu besetzt werden musste ebenfalls das Sekretariat LGR. Für den engagierten Urs Bonifazi hat Beatrice Baselgia-Brunner am 1. August 2004 dieses Amt übernommen.

2. Urabstimmung «Fremdsprache(n) auf der Primarstufe»

Im vergangenen Geschäftsjahr waren die Geschäftsleitung und das Sekretariat intensiv mit der Umfrage betreffend Frühfremdsprachen beschäftigt. Zuerst galt es den Begleitbrief und den Fragebogen auszuarbeiten, diese wurden an alle Schulhausdelegierten gemailt und anschliessend die Antworten ausgewertet. Der mit 1377 Stimmen ausserordentlich hohe Rücklauf (ca. 80% aller Lehrpersonen) hat die GL begeistert. Über 90% der Lehrpersonen entschieden, dass eine obligatorische Fremdsprache auf der Primarstufe genug sei und mit 60% sprachen sich die Lehrpersonen im deutschsprachigen Gebiet für Englisch als erste Fremdsprache aus.

Anlässlich der Aussprache mit dem EKUD vom 11. Mai 2005 wurden die Ergebnisse RR Claudio Lardi und dem Vorsteher des Amtes für Volksschule und Sport, Dany Bazzell, vorgestellt.

Am 26. Mai 2005 organisierte die GL LGR eine Medienorientierung, bei welcher Christian Gartmann, Jürg Mächler und Beatrice Baselgia die Resultate präsentierten und kommentierten. Diese Pressekonferenz stiess auf sehr grosses Interesse. Radio, Fernsehen und Presse aus allen drei kantonalen Sprachgebieten waren vertreten und berichteten ausführlich über die Resultate der Urabstimmung. Praktisch einhellig betonten die Medienschaffenden, dass aufgrund der klaren Positionen die Lehrpersonen bei der Ausarbeitung des künftigen Sprachenkonzeptes miteinbezogen werden müssen. Die Tatsache, dass die Lehrpersonen als erste Fremdsprache das Englische dem Italienischen vorziehen, hat vor allem bei den italienischsprachigen Medien viele Fragen aufgeworfen und ist dort nicht auf Verständnis gestossen. Die GL LGR ist der Meinung, dass zwar staatspolitische Aspekte unseres viersprachigen Landes in die Überlegungen einbezogen werden müssen, dass aber adäquate Bildungsziele für die Kinder im Mittelpunkt stehen und die staatspolitischen Aspekte erst an zweiter Stelle kommen.

Der klare Entscheid der Bündner Lehrpersonen, dass eine obligatorische Fremdsprache auf der Primarstufe genug ist, bewog die GL dem überkantonalen Komitee «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» beizutreten.

Die breit abgestützten Umfrageresultate liefern eine gute Grundlage für die zukünftigen Diskussionen und die GL LGR will dieses Thema evtl. zusammen mit weiteren interessierten Organisationen aktiv weiterverfolgen. *(Die Resultate der Urabstimmung finden Sie auf den Seiten 11–14 dieses Schulblattes.)*

3. Tagung «Pensionierungsplanung»

Immer mehr Lehrerinnen und Lehrer machen sich Gedanken über ihre Altersvorsor-

ge oder planen einen vorzeitigen Rücktritt aus dem Erwerbsleben. Entsprechend häufiger sind die Fragen, welche zu dieser Thematik an den LGR gerichtet werden. Die GL hat deshalb zu diesem Thema eine Informationsveranstaltung organisiert, welche am 26. Oktober 2005 in Chur stattfinden wird. Urban Spescha (Sozialversicherungsanstalt Kt. GR), Oskar Bieler (Kant. PL) und Richard Bühler (GKB) orientieren über verschiedene aktuelle Fragestellungen zum Thema.

(Weitere Informationen dazu auf Seite 23 dieses Schulblattes)

4. Besoldungsverordnung für Lehrpersonen

In der Oktobersession 2004 revidierte der Grosse Rat die Lehrpersonenbesoldungsverordnung. Bereits in der Vernehmlassungsphase hatte der LGR die Meinung der Basler eingeholt und auch bei der Regierung eingebracht.

Da bei der vorhergehenden Revision die intensive Kontaktnahme mit allen Mitgliedern des Grossen Rates eher als kontraproduktiv eingeschätzt wurde, kontaktierte der LGR diesmal gezielt das EKUD, das Finanzdepartement, die Kommission für Bildung und Kultur sowie einzelne Grossrätinnen und Grossräte.

Obwohl viele Mitglieder des Grossen Rates Lohnerhöhungen in der Zeit des Sparens als völlig verfehlt erachteten, waren Anpassungen möglich. Die Löhne der Reallehrpersonen wurden denjenigen der Sekundarlehrpersonen angepasst und für die Fachlehrpersonen wurde ein schulstufenabhängiges Lohnsystem eingeführt. Für die Kindergartenlehrpersonen schlug die Regierung eine 4-prozentige Lohnanpassung vor. Der LGR setzte sich im Vorfeld für eine mindestens 6-prozentige Erhöhung ein. Dieser Vorschlag wurde dann auch von der Kommis-

sion für Bildung im Grossen Rat eingebracht und leider abgelehnt. Der Grosse Rat hat sich aber wenigstens hinter den Antrag der Regierung gestellt und hat damit klar gemacht, dass bei Lohnanpassungen höchstens die Politik der gemässigten Schritte akzeptiert wird.

Der LGR ist sich bewusst, dass immer noch berechtigte Forderungen wie Angleichung des ostschweizerische Mittel und Reduktion der Pflichtstundenzahlen offen sind und wird sich weiterhin aktiv für diese Anliegen einsetzen.

5. Vernehmlassung zum Gesetz über die Pensionskasse GR

Im vergangenen Herbst hat die GL die Schulausschüsse aufgefordert, sich zum Entwurf des Kantonalen Pensionskassengesetzes zu äussern und hat die eingegangenen Rückmeldungen diskutiert.

Folgende Aspekte wurden in der Vernehmlassungsantwort des LGR von Ende November 2004 an Regierungsrätin E. Widmer-Schlumpf erwähnt:

Art. 7 Altersleistungen

Die Lehrpersonen sind klar der Meinung, dass bei der Absenkung des Umwandlungssatzes von 7.2 auf 6.8% die Frist auf 10 Jahre gemäss Übergangsregelung des BVG zu erstrecken ist.

Das neue Gesetz über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge BVG (Art. 20a, gültig ab 1. Januar 2005) gibt die Möglichkeit, jene Personen zu begünstigen, mit welchen jemand die letzten fünf Jahre des Lebens in einer Lebensgemeinschaft verbracht hat. Diese Bestimmung ist im Sinne eines zeitgemässen Partnerschaftsbildes im neuen Kantonalen Pensionskassengesetz zu berücksichtigen.

6. Stufen- und Fachorganisationen

Den Stufen- und Fachorganisationen im Kanton kommt als Ergänzung zum Dachverband LGR eine wichtige Bedeutung zu. Der Kontakt wird durch die Teilnahme von GL-Mitgliedern oder der Sekretärin an den Jahresversammlungen sowie durch die Vertretung der Stufenorganisationen in der GL gewährleistet. Auf diese Art fliessen immer wieder wichtige Informationen zum LGR. Die GL hat sich über die «Fusionsabsich-

ten» von RGR und SGR sowie über jene des KgGR mit der CMR informieren lassen. Interessiert haben die GL auch die Strukturfragen des VBHHL und die Jahresversammlungen des PGR und HLGR.

7. Team delle cinque sedi

Die GL hat sich im vergangenen Geschäftsjahr noch einmal mit den Anliegen des Teams dei cinque sedi (Mesolcina) auseinandergesetzt. Das Team kritisierte die GL im Zusammenhang mit dem Sparpaket des Grossen Rates und warf der GL eine zu passive Haltung vor. Die GL verfasste im Frühjahr eine schriftliche Antwort an die Lehrpersonen der Mesolcina und forderte diese höflich auf, den statutarischen Verpflichtungen nachzukommen.

8. Besprechungen im EKUD

Die GL traf sich zu zwei Sitzungen mit Regierungsrat Lardi und Dany Bazzell. Dabei wurden folgende Themen traktandiert und besprochen:

Sitzung vom 17. November 2004

1. Pflichtpensen SchülerInnen und Lehrpersonen
2. Berufsauftrag der Lehrpersonen
3. Lehrpersonenweiterbildung
4. Förderung der Muttersprache (als Folge der PISA-Studie)
5. Untergymnasien
6. Frühfremdsprache
7. Konzept betreffend Integration
8. Auswirkungen NFA
9. Angebote für Jugendliche, welche die Volksschule ohne Perspektive (keine Lehrstelle) verlassen
10. Lohnüberführung der Reallehrpersonen
11. Stellungnahme des EKUD zur FDP-Initiative, welche eine Angleichung der Kantone in bestimmten Schulfragen fordert
12. Gesetzliche Grundlagen für ein zweijähriges Kindergartenobligatorium
13. Übertrittsregelungen im Modell C, sowie Übertrittsregelungen Gymnasium – Sekundarschule

Sitzung vom 11. Mai 2005

1. Chancen der schulschwächeren Jugendlichen auf dem Lehrstellenmarkt
2. Nachqualifikation für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrpersonen
3. Lehrpersonenweiterbildung

4. Sprachenkonzept/LGR-Umfrage
5. Pflichtpensen für SchülerInnen
6. Untergymnasium
7. Zeugnisse
8. Schulleitungen
9. Standardsprache im Kindergarten
10. Mathematiklehrmittel auf der Sekundarstufe

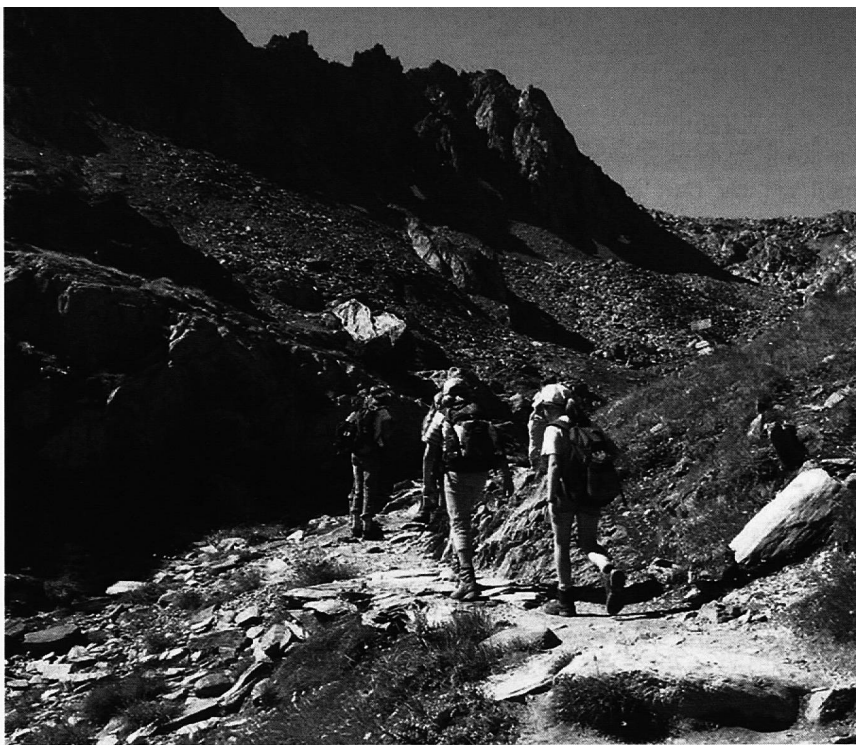
Die ausführlichen Berichterstattungen sind im Schulblatt vom Januar resp. vom Juni 2005 sowie auf der Homepage des LGR nachzulesen.

Gemäss Regierungsrat Lardi ist bei verschiedenen Projekten im Bildungsbereich die Konzeptphase abgeschlossen und die Einzelkonzepte müssen jetzt aufeinander abgestimmt werden. Gegen Ende 2005 wird das EKUD die Öffentlichkeit eingehend über die erarbeiteten Grundlagen informieren.

9. Finanzierung der Weiterbildung

Die Kurse der Lehrpersonenweiterbildung (lwb) haben sich aufgrund des Sparbeschlusses des Grossen Rates für die Teilnehmenden stark verteuert, werden zum Teil schlecht besucht oder können gar nicht mehr durchgeführt werden. Die Zahlen 2004 der lwb sprechen eine deutliche Sprache. Diese bedenkliche Situation im Zusammenhang mit der Finanzierung der Lehrpersonenweiterbildung hat zu verschiedenen Aktivitäten der GL geführt. Regierungsrat Lardi hat im direkten Gespräch betont, dass er sich an den Beschluss des Grossen Rates zu halten habe und erwartet, dass die Lehrpersonen sich an die neue Situation anpassen und dass sich die TeilnehmerInnenzahl in den Kursen wieder erhöht. Der LGR hält demgegenüber fest, dass vor allem Lehrpersonen aus den Randregionen durch Kurskosten, Reise- und Übernachtungsspesen finanziell zu stark belastet werden.

Abklärungen im Nachbarkanton St. Gallen haben gezeigt, dass dort der Kantonale Sparbeschluss mit einer neuen gesetzlichen Regelung abgefedert wurde, bei welcher sich die Gemeinden seit Anfang 2004 mit einem Pro-Kopf-Beitrag pro Schüler und Schülerin an den Weiterbildungskosten der Lehrpersonen zu beteiligen haben. Die GL würde das als eine Möglichkeit sehen,



damit der Weiterbildung wieder der notwendige Stellenwert und Erfolg zukommt.

Nachdem RR Lardi seinerseits keine Möglichkeit zur Verbesserung der Finanzierung der Weiterbildung sah, wandte sich die GL an den Kommissionspräsidenten der grossrätlichen Kommission für Bildung und Kultur mit der Bitte, sich dieses wichtigen Themas anzunehmen und in den Grossen Rat einzubringen. In der Junisession 2005 hat der Präsident der Kommission, Martin Butzerin, eine Anfrage betreffend «freiwillige Weiterbildung für Lehrpersonen der Volksschulstufe» an die Regierung eingereicht.

10. Nachqualifikation von Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen an der PFH

Mit der Auflösung der Bündner Frauenschule und der Neuorganisation der PFH wurden die Ausbildungsgänge neu konzipiert. Im Zuge dieser Umorganisation wurde mit dem Regierungsentscheid vom 27. Februar 2001 versprochen an der PFH «Zusatz- bzw. Nachqualifikationsmöglichkeiten für amtierende Lehrkräfte für Handarbeit und Hauswirtschaft» zu konzipieren.

Da bis Ende 2004 kein Konzept vorlag, hat die GL LGR bei der PFH nachgefragt. In der Antwort erklärten uns die Verantwortlichen der PFH, dass durch die über Erwartungen hinausgehende Anzahl von Studierenden, durch die Überführung der PFH in eine selbstständig öffentliche Anstalt und durch die Umsetzungsvorbereitungen zur Bolognareform keine personellen Ressourcen zur Konzeptionierung der Nachqualifikationsausbil-

dung zur Verfügung stünden. Zusätzlich wurde angeführt, dass eine kantonale Ausbildung aufgrund der geringen Interessenz und der beschränkten finanziellen Mittel möglicherweise gar nicht in Frage käme und evtl. eine überkantonale Lösung ins Auge gefasst werden müsste.

Diese Aussagen wurden am 11. Mai 2005 in die Diskussion mit RR Lardi eingebracht und dieser betonte, dass der politische Wille zur Durchführung der Nachqualifikation an der PFH Chur nach wie vor vorhanden sei. Die GL LGR wird in dieser Sache aktiv bleiben.

11. 2-jähriges Kindergartenobligatorium

Im Laufe des Geschäftsjahres wurde ein wichtiges Anliegen des LGR und der Stufenverbände KgGR und CMR von politischer Seite aufgenommen. Grossrat Martin Jäger reichte der Regierung einen Auftrag ein, ein zweijähriges Kindergartenobligatorium auf gesetzlicher Basis, wenn möglich im Schulgesetz, zu regeln. Mit 86 zu 1 Stimme gab der Grosse Rat der Regierung im April 2005 den Auftrag «sowohl Vorschläge zu einer früheren und flexiblen Einschulung, als auch zu einem Kindergartenobligatorium vertieft zu prüfen, respektive anschliessend im Sinne dieser Überprüfung umzusetzen».

12. Schulleitungen

Anlässlich der DV vom September 2004 hat der Präsident deutliche Worte zum Thema «Schulleitungen» gebraucht und betont,

dass es trotz Sparmassnahmen nicht angehe, dass der Kanton sich hier aus der Verantwortung ziehe und forderte das EKUD auf, tätig zu werden.

Anfangs 2005 wurde die GL durch Frau Ursina Kerle, PFH, aufgefordert aktiv an der Veranstaltung «Geleitete Schulen im Kanton Graubünden» vom 26. Februar 2005 teilzunehmen. Zwei GL-Mitglieder und die Sekretärin des LGR sind dieser Einladung nachgekommen. In der abschliessenden Diskussionsrunde dieser Veranstaltung wurde aus der Mitte der ZuhörerInnen ebenfalls die klare Forderung gestellt, dass der Kanton in diesem Bereich Verantwortung und Führung übernehmen müsse.

Das EKUD hat seinerseits nun im Mai 2005 4 Fragen an die GL gestellt, welche folgendermassen beantwortet wurden:

1. Sind Sie der Ansicht, dass im Kanton Graubünden flächendeckend Schulleitungen einzuführen sind?

Der LGR bejaht diese Frage ganz klar. Unter anderem ist nach der Umorganisation und der Neudefinition der Schulinspektorate bei der Beratung der einzelnen Lehrpersonen in beruflichen Fragen ein Vakuum entstanden, welches durch Laienbehörden (Schulrat) nicht gefüllt werden kann. Hier müssen professionelle Schulleitungen eine wichtige Funktion übernehmen.

2. Welche Standards würden Sie vordergründig nennen, die Schulleitungen zu erfüllen haben, damit sie die Bezeichnung «Schulleitung» zu Recht verdienen?

Als Mindestvoraussetzungen für Schulleitungen sehen wir eine pädagogische Grundausbildung mit Unterrichtserfahrung sowie eine Zusatzausbildung in Schulleitung. Eine solche Schulleitungsausbildung hat die verschiedensten «Führungsbereiche» zu umfassen: z. B. Personalführung, Organisations- und Qualitätsentwicklung, Konfliktmanagement, Projektmanagement, Finanzen, Recht.

3. Wo sehen Sie Knacknüsse und Probleme bei der Installation von Schulleitungen?

Ganz klar geregelt sein müssen Verantwortung, Aufgaben und Kompetenzen von Schulleitungen. Hier hat unserer Ansicht nach der Kanton Verantwortung zu übernehmen und Vorgaben zur Einsetzung von Schulleitungen zu erarbeiten: Kompetenzabgrenzungen zwischen Schulbehörden

und Schulleitungen, Mustervorlagen für Schulleitungsreglement und Pflichtenheft. Die Schulleitungen sind zudem im Kantonalen Schulgesetz zu verankern.

Damit eine flächendeckende Installation von Schulleitungen möglich wird und eine entsprechende Qualität der Schulleitungen gewährleistet ist, muss der Kanton die Besoldungsfrage normieren und sich daran finanziell beteiligen.

Schulleitungen können sich nicht auf organisatorische Fragestellungen beschränken, sondern haben wichtige Aufgaben der Personalführung und der Qualitätssicherung in den Schulen zu übernehmen, dafür braucht es ein genügend grosses Pensum. Zur Berechnung der Pensen hat der Kanton klare Richtwerte zu erarbeiten, welche auf einem minimalen Grundbedarf, auf der Anzahl SchülerInnen, Lehrpersonen und Schulhäuser, resp. Schulorte basieren.

Schulleitungsposten müssen (wie bei den Stellen für LehrerInnen) öffentlich ausgeschrieben werden.

4. Ist in einem sehr unterschiedlich strukturierten, weitläufigen Kanton – wie dies GR darstellt – die Installation von flächendeckenden Schulleitungen überhaupt denkbar? Macht eine Schulleitung für die Schulträgerschaft in einer Kleinstgemeinde überhaupt Sinn?

Die Installation von Schulleitungen ist sicher für den ganzen Kanton denkbar – es sind kreative Lösungen gefragt.

Für kleine Gemeinden sind regionale Lösungen vorzusehen und diese sind Einzelösungen in den Gemeinden mit Kleinstpensen für Schulleitungen vorzuziehen. Gerade in kleinen Schulgemeinden muss bereits heute in Schulfragen (Kindergarten, Oberstufe, Fachlehrpersonen, usw.) regio-

nal zusammengearbeitet werden. Diese oft aufwendige und komplizierte Zusammenarbeit könnte durch eine gemeinsame Schulleitung vereinfacht und professionalisiert werden. Dabei kann in den einzelnen Kleingemeinden trotzdem eine Lehrperson als AnsprechpartnerIn (SchulhausvorsteherIn) eingesetzt werden, welche klar definierte Aufgabenbereiche zu übernehmen hat.

Der LGR ist überzeugt, dass eine aktive Rolle des Kantons in der Frage von Schulleitungen wichtig und dringlich ist. Laienbehörden, welche jeweils nur für eine beschränkte Zeit für die Schule zur Verfügung stehen, sind oft zeitlich und inhaltlich mit den komplexen Schulfragen überfordert. Um aber Qualität und Entwicklung in der Schule zu ermöglichen braucht es professionelle Führung.

13. Situation auf dem Lehrstellenmarkt für schulschwächere Jugendliche

In der letzten Zeit wurden immer mehr Informationen an die GL herangetragen, dass die Chancen auf eine Lehrstelle für schulschwächere Jugendliche merklich schlechter würden. Die GL hat sich deshalb von Theo Kull, Kleinklassenlehrer in Chur, direkt informieren lassen, welche Erfahrungen er mit der Lehrstellensuche bei seinen SchülerInnen mache. Diese doch düsteren Schilderungen haben die GL veranlasst, das Thema mit RR Lardi zu diskutieren. Dieser führte aus, dass die Situation im Lehrstellenbereich momentan, aufgrund der vielen schweizerischen Umstrukturierungen im Berufsbildungsbereich (z.B. Attestausbildung), wenig übersichtlich sei. Die GL hat mit RR Lardi vereinbart, diese Frage im Herbst 2005 evtl. unter Beizug der Leiterin des Berufsbildungsamtes weiter zu diskutieren und erste Erfahrungen aus den neuen Ausbildungsgängen miteinzubeziehen.

14. Delegiertenversammlung vom 17. September 2004 in Maienfeld

Mit Ergebnissen einer aktuellen Studie zum Thema «Arbeitsbedingungen für eine gute Schule» hat der Bildungswissenschaftler Ernst Trachsler, Päd. Hochschule Thurgau, die Delegierten mit dem eigenen LehrerInnensein konfrontiert. Aussagen zu Wertvorstellungen, Berufszufriedenheit, Belastun-



gen, Freude, Delegationswünschen u.a.m. wurden im Kanton Thurgau erhoben, mit der Zielsetzung die Rahmenbedingungen zu erarbeiten, welche eine nachhaltige Wirkung auf die Schulstrukturen, die Unterrichtsqualität und die Arbeitsbedingungen bringen sollen.

Die anschliessende Podiumsdiskussion war dem Thema «Gute Schule Graubünden» gewidmet. Dabei wurde unter anderem folgende Aussage von RR Lardi gemacht: «Die Gefahr besteht, dass aufgrund schlechter Weiterbildung die Qualität der Schule sinkt.» Dazu Peter Andres, Direktor der Gewerblichen Berufsschule Chur: «Weiterbildung ist das einzige Mittel, das wir haben, um die Qualität der Schule zu fördern.»

15. Sekretariat

Beatrice Baselgia hat am 1. August 2004 die Stelle als LGR-Sekretärin angetreten. Ihr war das Bündner Schulwesen von ihrer früheren Tätigkeit im Beruf und der Politik her schon bestens bekannt. Dank dem und

ihrer hohen Kompetenz im Verwaltungsbereich war sie in kurzer Zeit mit der neuen Aufgabe vertraut, so dass der Wechsel im Sekretariat reibungslos verlief.

Unser Sekretariat entwickelt sich immer mehr zu einer Geschäftsstelle, die nicht mehr wegzudenken ist. Neben dem Finanzwesen, der Mitgliederverwaltung, der gesamten Administration und der Betreuung des Schulblattes nimmt der Bereich Information und Kommunikation einen immer grösser werdenden Raum ein. Unsere Geschäftsführerin setzt stark auf vermehrte Öffentlichkeitsarbeit und Information der Mitglieder. Ihre Verbindungen zur Politik eröffnen dem LGR neue Möglichkeiten. Beatrice Baselgia ist ein Glücksfall für den LGR!

16. Beratungsdienste des LGR

Beratung in gewerkschaftlichen und rechtlichen Belangen

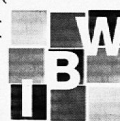
Dem Beratungsangebot in gewerkschaftlichen und rechtlichen Belangen kommt als

Dienstleistungsangebot des LGR eine wichtige Bedeutung zu. 23 Anfragen wurden vom Sekretariat an den Rechtsberater lic.jur. Hans-Ulrich Bürer weitergeleitet. Im Mittelpunkt standen unter anderem Fragen im Zusammenhang mit: Kündigungsschutz im Falle von Krankheit, Nichtwiederwahl, Vertragsänderungen, Wohnsitzzwang.

Bericht Beratungsstelle für allgemeine Schulfragen

Die Beratungsstelle für allgemeine Schulfragen im Kompetenz- und Managementzentrum für Kultur, romanische Sprachförderung und Bildung (CCM) in Laax wurde im Schuljahr 2004/05 zusätzlich und neu auch vom Schulbehördenverband Graubünden (SBGR) mitgetragen.

Die Stelle wurde 39 mal von 24 Personen kontaktiert und die gesamte Beratungszeit beträgt rund 26 Stunden. Somit erhöht sich die gesamte Beratungszeit gegenüber dem Vorjahr um ca. 44%.



**Institut für berufliche Weiterbildung
Graubünden
Höhere Fachschule für Technik**



Sprachen lernen...

am IbW Graubünden ab 22. August 2005:

Sprachkurse

Englisch
Italienisch
Spanisch
Französisch
Griechisch für Anfänger
Arabisch für Anfänger
Serbokroatisch-Bosnisch für Anfänger
Russisch für Anfänger
Japanisch für Anfänger
Deutsch für Fremdsprachige

Neu auch Tageskurse für Anfänger!!

Sprachdiplome

Englisch (PET, FCE, CAE, BEC)
Italienisch (DILI und DALI)
Spanisch (CIE und DIE)
Französisch (DI)

Fordern Sie unsere detaillierten Kursunterlagen an:

Anmeldung kurzfristig noch möglich.

Online-Anmeldungen **unter www.ibw.ch**

Institut für berufliche Weiterbildung

Postfach, Ringstrasse 34, 7004 Chur
Telefon +41 (0)81 286 62 62, Fax +41 (0)81 286 62 63
info@ibw.ch, www.ibw.ch

Die Beratungszeit ging zum grössten Teil zu Lasten des LGR.

Die Klienten thematisierten persönliche, zwischenmenschliche und fachliche Probleme. Auffallend die Berufsmüdigkeit/Neuorientierungswünsche der Lehrpersonen und die Unzufriedenheit der Schulleitende/Eltern mit der Arbeit der Lehrpersonen.

Einzelne Themen konnten telefonisch abschliessend diskutiert werden, typische Erstgespräche dauerten 1½–2 Stunden und konnten das Problem einigermaßen erfassen. Daraus wurden erste Handlungsmöglichkeiten skizziert. In einigen Fällen wurden Fachpersonen empfohlen und vermittelt. Leider waren unter den Ratsuchenden auch einige schwierige Fälle zu verzeichnen. Gerade in diesen Fällen zeigt sich, dass Altlasten oft über Jahre mitgeschleppt werden und es irgendwann zum Eklat kommt. Leider wurde im Kanton auch in diesem Jahr einzelnen Lehrpersonen gekündigt oder der Anstellungsvertrag nicht verlängert. Diese Tatsache ist immer mit grossem Frust und Stress verbunden. Gerade in Anbetracht der massiv rückläufigen Schülerzahlen in den nächsten Jahren werden Vertagsauflösungen unumgänglich sein. Mit Recht dürfen die Lehrpersonen

aber von den Schulbehörden eine weitsichtige Planung und transparente und offene Informationspolitik erwarten.

17. Dank

Das Funktionieren eines Berufsverbandes wird geprägt und ist abhängig von seinen aktiv mitarbeitenden Mitgliedern in den verschiedenen Gremien. Dieser Einsatz bedeutet immer auch Entbehrung im privaten Bereich, was nicht selbstverständlich ist. Es wird immer schwieriger, Lehrpersonen zu finden, welche sich berufspolitisch engagieren wollen. Umso mehr gilt jenen Dank, die sich dieser Aufgabe stellen.

In erster Linie danke ich allen GL-Mitgliedern für ihren grossen Einsatz im Berichtsjahr. Ein besonderer Dank gilt der geschäftsführenden Sekretärin des LGR, Beatrice Baselgia, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Weiter danke ich den Präsidentinnen und Präsidenten der Unterverbände und ihren Vorstandsmitgliedern sowie den Schulhausdelegierten, welche sozusagen als Transmissionsräder wichtige Dienste leisten.

Unserem Schulblattredaktor, Martin Mathiuet, danke ich für seine gute und kompetente Arbeit. Auch im vergangenen Jahr

haben verschiedene Ausgaben unserer Verbandszeitung nicht nur bei unserer Leserschaft sondern auch in anderen Kantonen Anerkennung gefunden.

Danken möchte ich auch Regierungsrat Claudio Lardi und seinen MitarbeiterInnen für die Gesprächsbereitschaft und den regelmässigen Meinungs austausch. Gerade in einer Zeit, in welcher grundlegende Veränderungen anstehen, ist die Einsicht notwendig, dass die Verhandlungspartner am gleichen Strick ziehen und nicht als Antipoden behandelt werden.

Ein ganz grosses Dankeschön richte ich auch an alle Kolleginnen und Kollegen im Kanton Graubünden. Wir haben letztes Jahr bewusst wahrnehmen dürfen, dass der grösste Teil der Basis hinter der Vereinsleitung steht. Durch das stillschweigende Bezahlen des Mitgliederbeitrages, durch euere Aufmerksamkeit und Solidarität tragt ihr dazu bei, dass sich der LGR erfolgreich für die Lehrerschaft einsetzen kann.

Felsberg und Domat/Ems, im Juni 2005

Fremdsprache(n) in der Primarschule Graubünden

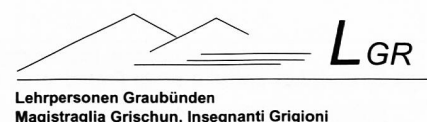
Im März 2004 beschloss die EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz der Schweiz) den Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe so voranzutreiben, dass bis 2012 die Kinder ab der 5. Klasse die zweite Fremdsprache erlernen sollten.

In der Oktobersession wurde im Grossen Rat ein Fraktionsauftrag der FDP überwiesen, welcher die Einführung von Englisch als Frühfremdsprache bis spätestens 2010/2011 verlangt. Das EKUD muss nun ein Konzept und die gesetzlichen Grundlagen zu diesem Auftrag des Grossen Rates ausarbeiten. Gemäss Auskunft von RR Lardi wird dieses Konzept auf der Basis 3/5 (3. Schul-

jahr erste Fremdsprache/5. Schuljahr zweite Fremdsprache) entwickelt.

Die Geschäftsleitung (GL) war deshalb der Meinung, dass der Verband Lehrerinnen und Lehrer Graubünden in der Neuausrichtung des Sprachenkonzepts eine aktive Rolle einnehmen muss und nicht erst reagieren darf, wenn ein fertiges Konzept vorliegt.

Deshalb hat die GL eine Urabstimmung bei allen Lehrpersonen unseres Kantons durchgeführt, um in der Sprachenfrage eine breit abgestützte Meinung vertreten zu können. Anfangs März 2005 wurde an 159 Schulteamen ein Fragebogen zum Thema Frühfremdsprachen auf der Primarstufe gemailt.



Diese Fragen wurden von 121 Teams (zum Teil haben sich kleinere Teams auch zusammengeschlossen), d.h. von insgesamt 1377 Lehrpersonen beantwortet. Die Stimmbeteiligung betrug somit ca. 80% und die GL ist sehr erfreut über den ausserordentlich hohen Rücklauf. Sehr viele Teams haben sich zusätzlich spontan positiv zur Umfrage geäußert.

Resultate der Urabstimmung

Frage 1: Ist eine obligatorische Fremdsprache auf der Primarstufe genug?

Viele Lehrpersonen aus allen drei Sprachgebieten betonten, dass bereits die Standard-